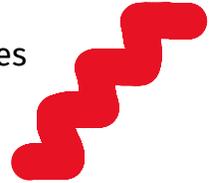


Newsletter Februar 2021

Niemanden zurücklassen!

Die Landesregierung hat ein [Stufenmodell](#) vorgelegt, anhand dessen sie inzidenzorientiert Schulen und Kitas öffnen möchte. Einerseits soll dieses Modell mit den Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin diskutiert werden, andererseits soll es Grundlage dessen sein, was Jamaika am 8. Februar für den weiteren Schulbetrieb anordnen will. Die SPD hat unter der Überschrift „[Niemanden zurücklassen!](#)“ Eckpunkte für ein Konzept für das zweite Halbjahr formuliert.



- Die Priorität muss bei der Wiederherstellung des **Präsenzunterrichtes** liegen. Solange das nicht vollumfänglich möglich ist, muss er vorrangig den Schüler*innen in **Kleingruppen** offen stehen, für die Distanzunterricht zu Benachteiligungen führen würde, darüber hinaus Schüler*innen an Grundschulen sowie in Abschlussklassen mit Prüfungsvorbereitung. Dabei geht es momentan nicht um Unterricht nach Studententafel, gebraucht werden flexible Lösungen mit Konzentration auf Hauptfächer, Kernkompetenzen und Prüfungen.
- Soweit Präsenzunterricht nicht erteilt werden kann, muss es für Schüler*innen, denen durch Distanzunterricht große Nachteile entstehen, ein Höchstmaß an Verbindlichkeit sowie **zusätzliche Unterstützung**, z.B. durch Tutoren (Studierende, pädagogische Fachkräfte) und zusätzliche Lernangebote, geben. Die landesweit völlig unterschiedliche Umsetzung des Distanzunterrichts muss beendet werden. Schüler*innen brauchen feste Ansprechpartner und soviel Regelmäßigkeit wie möglich. Distanzunterricht und Präsenzunterricht sollten sich besser Tage- als Wochenweise abwechseln.
- **Inhaltliche Schwerpunktsetzungen** und Priorisierungen in den Curricula sind unvermeidbar und müssen bei der Prüfungsvorbereitung und bei der Bewertung der Prüfungsleistungen berücksichtigt werden. Klassenarbeiten und Klausuren müssen deutlich reduziert werden. Ein Verzicht auf Abschlussprüfungen darf nur das letzte Mittel sein und muss mit Möglichkeiten verbunden sein, eine schlechte Note, die auf Vornoten basiert, zu verbessern. Eine Verschiebung der Prüfungen möglichst weit ans Schuljahresende könnte die Zeit zum Lernen verlängern.

Dieser Antrag wurde in den Bildungsausschuss überwiesen.

Sichere Prüfungen - nicht mit Jamaika

Die SPD hatte außerdem beantragt ([Drucksache 19/2621](#)), zur fairen Durchführung aller Prüfungen an den Schulen vergleichbare Prüfungsbedingungen mit Luftreinigern, Corona-Schnelltests und der Ausleihe von digitalen Endgeräten herzustellen. Außerdem sollten Lehrkräften Vorgriffstunden ermöglicht werden, um mehr Zeit in die Vorbereitung der Prüfungen investieren zu können. Diesen Antrag hat Jamaika ersatzlos abgelehnt.

Kritik an der Bildungsministerin reißt nicht ab

Im August forderte unser Fraktionsvorsitzender [Ralf Stegner](#) den Rücktritt der Bildungsministerin, nachdem diese lungenkranke Lehrkräfte in den Präsenzunterricht geklagt hatte und sich auf der anderen Seite nicht zu einer Maskenpflicht an Schulen durchringen konnte. Bereits im Frühjahr 2020 hatte Frau Prien für Aufruhr gesorgt, als sie die [Abiturprüfungen](#) in Schleswig-Holstein ohne Rücksprache mit irgendwem absagte und dann von der KMK wieder auf den Boden der Tatsachen geholt hatte. Im Januar forderte [Serpil Midyatli](#) den Ministerpräsidenten zum Handeln auf, als offenbar wurde, dass Ankündigungen der Ministerin am Vormittag im Landtag und Verordnungen für die Schulen nicht übereinstimmten. Aus kleinen Lern- und Vorbereitungsgruppen für Abschlussjahrgänge waren binnen Stunden „Präsenzunterricht gemäß Stundentafel im Rahmen der vor Ort üblichen Zeitstruktur“ geworden. Gemeinsam mit dem SSW haben wir den Antrag „[Schulchaos beenden!](#)“ eingebracht. Die Koalition kontert so etwas in der Regel mit dem Verweis auf andere Bundesländer. Frank Goosen lässt in „Radio Heimat“ zwei Menschen in der Betrachtung Bochums auf einer Brücke stehen. Schließlich zieht einer von beiden das Fazit: „Woanders is auch scheiße!“. Das reicht als Antwort aber nicht aus, wir haben in Schleswig-Holstein Besonderes zu besprechen, im Großen wie im Kleinen:

- **Es darf nicht sein**, dass uns im Landtag vormittags etwas anderes berichtet, als den Schulen gegenüber am Nachmittag desselben Tages angeordnet wird.
- **Es ist peinlich**, dass der DigitalPakt für Schulträger und Schulen nirgends so unfreundlich gestaltet ist wie in Schleswig-Holstein. Das Saarland und Schleswig-Holstein teilen sich in der Umsetzung die rote Laterne.
- **Es sind Rückschritte**, wenn die Exklusionsquote steigt und ein Landesförderzentrum für Autismus gegründet wird, ohne den Landeselternbeirat zu beteiligen.

[Landtagsrede von Martin Habersaat](#)

Rote Laterne beim Digitalpakt

Die Gelder des Bundes sind da, werden aber nirgends so langsam abgerufen wie [im Saarland und in Schleswig-Holstein](#). Warum klemmt es? Da sind lasche Fristen: Im Februar 2019 einigten sich Bund und Länder auf den Digitalpakt für Schulen in Deutschland, fünf Milliarden Euro Bundesmittel sollen nach einem Beschluss der Großen Koalition in fünf Jahren fließen. Im März 2019 erfolgte die finale Beschlussfassung durch den Bundesrat. Sachsen legte seine **Förderrichtlinie an 21. Mai 2019** vor, Schleswig-Holstein brauchte bis zum 16. September. In Sachsen und Sachsen-Anhalt waren die Mittel bis zum 30. Juni 2020 zu beantragen. Schleswig-Holstein entschied sich für eine Frist bis zum 30. April 2022. Diese Entscheidung fiel allerdings vor Corona. Es ist erschreckend, dass die Landesregierung bisher nicht die Kraft fand, die Abläufe zu beschleunigen.

Da sind schlechte Rahmenbedingungen für die Schulträger: Länder und Schulträger sollen gemeinsam einen Eigenanteil von zehn Prozent der Mittel leisten. Außerdem sollen die Länder sicherstellen, dass finanzschwache Kommunen auch teilnehmen können. Schleswig-Holstein beteiligt sich an diesem Eigenanteil überhaupt nicht und verlangt von den solventen Kommunen 15 Prozent Eigenanteil, um den anderen diesen Anteil erlassen zu können. **Im Verhältnis werden die Kommunen beim Digitalpakt nirgends so schlecht unterstützt wie in Schleswig-Holstein.**

Auf Erfolge verweist Jamaika beim **Breitbandanschluss** der Schulen. Das stimmt. Allerdings wird hier ein Programm der Vorgängerregierung schlicht fortgesetzt, allerdings nicht so schnell, wie die Regierung Albig es vorhatte. Gerade erst musste Digitalminister Albrecht einräumen, dass die letzten Schulen in Schleswig-Holstein bis weit in das nächste Schuljahr auf ihren Anschluss warten müssen.

Dass weder Schulkonferenz noch Schulaufsicht auf Unterricht per **Videokonferenz** bestehen können, weil es bis heute keine Rechtsgrundlage gibt, oder dass das Ministerium erst Mitte November, nach einem knappen Jahr Pandemie, auf die Idee gekommen ist, die Bereitschaft zu solchen Konferenzen bei Eltern per Formular abzufragen, sei der Vollständigkeit halber auch erwähnt.

Bericht zur Unterrichtssituation 2019/20

Als Überschrift des Berichts ([19/2471](#)) wäre geeignet: **Zu wenig Fachkräfte, mehr Unterrichtsausfall, mehr Selektion.** Jamaika hat Glück, dass Corona die Lage überdeckt. Im Durchschnitt war im vergangenen Schuljahr an den allgemein bildenden Schulen eine Unterrichtsversorgung von 101% sowie an den berufsbildenden Schularten von rund 97% zu verzeichnen. Das ist besser als in den

Vorjahen, ist aber nicht ausschließlich ein Verdienst dieser Landesregierung: Die Schüler*innenzahl ging um 4.200 zurück, außerdem profitiert Jamaika noch von der Rückumstellung der Gymnasien auf G9. das spart noch eine Zeitlang Stellen, bis der 13. Jahrgang aufgewachsen ist. Trotzdem ist die durchschnittliche Grundschulklasse in Schleswig-Holstein immer noch größer als im Bundesschnitt, trotzdem steigt die Zahl der ausgefallenen und nicht planmäßig erteilten Stunden. Zur Erinnerung: die CDU war mit nicht weniger als einer **Unterrichtsgarantie (!!!)** in den Wahlkampf 2017 gezogen.

In diesem Jahr waren auf Antrag der SPD erstmals Erläuterungen zum Begriff der Unterrichtsversorgung sowie die Zahl der unbesetzten Stellen, die zur rechnerischen Deckung der Unterrichtsversorgung beigetragen haben, enthalten. Zum Beispiel werden in die Unterrichtsversorgung im schulamtsgebundenen Bereich 11.826 Stellen eingerechnet. Das wären besagte 101 Prozent Unterrichtsversorgung. Besetzt sind aber nur 11.717 Stellen, schon sinkt die Unterrichtsversorgung auf 99 Prozent. Aber: 349 dieser Stelleninhaber*innen sind ohne Vertretung in Mutterschutz, Sabbatjahr oder ähnlichem. Bleiben 11.368 mit anwesenden Menschen besetzte Stellen und somit eine Unterrichtsversorgung von 96 Prozent.

Sollen Schüler*innen sich der Schule anpassen oder soll die Schule bereit sein für die ihr anvertrauten Schüler*innen? Wir leben wieder in Zeiten, in denen die Kinder sich anpassen sollen. Dafür sprechen mehrere Indikatoren: Die Zahl der Schüler*innen an Gymnasien sinkt, was mit dem Übergang nach Klasse 4 ebenso zu tun hat wie mit den ausgeweiteten Möglichkeiten der Abschlusung. Die Quote der exklusiv an Förderzentren beschulten Schüler*innen steigt.

In Kürze

Schulen am Wind: Der Verein „Schulen am Wind“ wird sich auflösen. Mit dem Verein wollten Schulleiter von Schulen in schwierigen Lagen erreichen, ihnen besondere Ressourcen zur Bewältigung ihrer Lage zur Verfügung zu stellen. Einiges sei erreicht, viel bleibe zu tun, bilanzierte der Vereinsvorsitzende Dieter Ruser. Die zusätzliche Arbeitsbelastung sei allerdings nicht länger zu schultern.

Praktika: In Sachen Praktika haben wir das im Bildungsausschuss sogar schon versucht, allerdings leider ohne Erfolg. Wir fanden es nicht logisch, dass der Ministerpräsident zu „möglichst keinen Kontakten“ aufruft und gleichzeitig Praktika stattfinden. Als Grund wurde uns genannt, man wolle Schülerinnen und Schüler nicht enttäuschen, die einen Platz haben und antreten wollen. In der Tat gab es schon Schulleiter, die die Praktika abgesagt haben, dafür aber von der Schulaufsicht kritisiert wurden. Schülerinnen und Schüler, die kein Praktikum absolvieren, müssen „normal“ (wie auch immer das momentan aussieht) unterrichtet werden. In der Tat bleibt an den Schulen hängen, wie sie das gewährleisten können.

Zoom: Nachdem die CDU die Landesdatenschutzbeauftragte massiv angegriffen hatte („Das System kann aktuell nicht eingesetzt werden, weil eine datenschutzrechtliche Überprüfung durch das Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz (ULD) des Systems nicht abgeschlossen worden ist. Dies allerdings seit mehreren Wochen.“), stellte sich heraus: Die Bildungsministerin müsste die Entscheidung fällen, ob ein System datenschutzkonform eingesetzt werden kann. Entschuldigung: Fehlanzeige. Übrigens: Für ihr Gespräch mit Hochschulvertretungen nutze die Ministerin auch lieber Zoom als Jitsi...

Brot und Kuchen: Auf dem Königsweg befindet sich Frau Prien, was den Umgang mit den Abschlussklassen und den Schulen in Schleswig-Holstein angeht. So ließ sich der bildungspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion im Hamburger Abendblatt zitieren. Das sehen wir anders. Vive la République! Obwohl Frau Prien durchaus schon ihren Marie-Antoinette-Moment hatte...

Bronze, Silber und Gold: Karin Prien ist jetzt auch Mitglied des Bundesvorstandes der CDU. Wie man das als maximale Erfolgsmeldung formulieren kann, zeigte uns der SHZ.

Inklusion: Die neuen Mustervorlagen für Zeugnisse für Schüler*innen mit Förderbedarf umfassen nicht weniger als 14 Seiten. Für die einen eine Seite, für die anderen ein Buch. So funktioniert Inklusion nicht. Wir haben im Bildungsausschuss darum gebeten, den Umfang zu überarbeiten.

 **BILD News**  @BILD_News · 1 T

Schulministerin Karin Prien - Fahrt nicht in den Urlaub, kauft euren Kindern lieber ein Tablet! bild.de/regional/hambu...

**Karin Prien in
Bundesvorstand
gewählt**
KIEL/BERLIN Schleswig-Holsteins Bildungsministerin Karin Prien ist neu in den Bundesvorstand der CDU gewählt worden. Die 55-Jährige erhielt am Sonnabend bei der Abstimmung auf dem digitalen CDU-Parteitag das dreizehntbeste Ergebnis der 26 Beisitzer für den Vorstand. Auch der Kieler Philipp Murmann wurde...

Hochschulen

Keine große BAföG-Reform mit Jamaika

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie zeigt sich, dass die BAföG-Reform 2019 ein zu kleiner Schritt in die richtige Richtung war. Viele Studierende haben in den letzten Monaten ihre Nebenjobs verloren, auf die sie zur Finanzierung ihres Studiums angewiesen sind. Die Überbrückungshilfen von insgesamt 60 Millionen € laufen Ende September aus. Von 215.000 Anträgen wurden fast 40 % abgelehnt, nicht weil die Antragsteller über zu viel Geld verfügten, sondern weil ihre Notlage nicht auf die Corona-Pandemie zurückgeht. Das zeigt ein weiteres Mal, dass wir uns in Deutschland den Luxus einer Studienfinanzierung leisten, die in den Beträgen zu gering ist und von zu wenigen Studierenden in Anspruch genommen werden kann. Auch entstehen durch die wegen Corona verlängerten Studienzeiten höhere Belastungen bei der Rückzahlung von Studienkrediten. An einer systematischen Überarbeitung des BAföG führt nichts vorbei. Die SPD beantragte deshalb, dass die Landesregierung sich auf Bundesebene für eine BAföG-Reform einsetzen soll ([Drucksache 19/2489](#)). Während die Umstellung auf eine Förderung, die unabhängig vom Einkommen bzw. Vermögen der Eltern ist, allgemeine Zustimmung im Landtag findet, wollten CDU, Grüne und FDP sich auf eine Abschaffung oder zumindest deutliche Anhebung der Altersgrenze für einen Rechtsanspruch auf Förderung leider nicht einlassen.

76 Jahre später – Auschwitz geht auch uns an!

Vor 76 Jahren, am 27. Januar 1945, nahmen sowjetische Truppen das Lager Auschwitz ein, in dem Millionen Menschen – Jüdinnen und Juden, Roma, Schwule, Menschen mit Behinderungen, politisch Andersdenkende und andere - Unvorstellbares erlitten haben und ermordet wurden. Die Befreier fanden gerade noch 7.000 Überlebende vor, von denen viele in den folgenden Tagen starben. Auschwitz ist wie kein anderer Ort zum Synonym für die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes gegen die Menschheit und gegen die Menschlichkeit geworden. Für diese Verbrechen tragen nicht nur die Führer des NS-Staates die Verantwortung; es waren die „ganz gewöhnlichen Deutschen“, wie sie der Historiker Daniel J. Goldhagen nannte, die Wachdienst schoben und bis heute behaupten, sie hätten von der Ermordung so vieler Menschen nicht mitbekommen, geschweige denn, daran teilgenommen. Aber es waren genauso alle die Männer und Frauen, die sahen, wie ihre jüdischen Nachbarn verschwanden und die dennoch – bis auf allzu wenige Ausnahmen - nichts gesagt und nichts getan haben. Und hier liegt die Bedeutung dieses Tages für uns, gerade weil wir erst Jahrzehnte später geboren wurden: die Menschenfeindlichkeit im Denken, Reden und Handeln ist nicht 1945 verschwunden, sie existiert mitten unter uns. Jeden von uns nimmt Auschwitz deshalb in die Pflicht, dieser Menschenfeindlichkeit entgegentreten, wo immer sie sich zeigt.

Gedenkstätten und Erinnerungsorte

Auch mehr als 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist die öffentliche Auseinandersetzung mit der Geschichte des „Dritten Reiches“ ein wichtiges Element der politischen Kultur. Die kritische Erinnerung an die Verbrechen, das Herrschaftssystem und den „volksgemeinschaftlichen“ Alltag ebenso wie an den Widerstand gegen das Regime ist heute Teil der demokratischen Identität Deutschlands. Besondere Brennpunkte dieser Kultur des Erinnerns sind die Gedenkstätten und Erinnerungsorte an den historischen Orten der nationalsozialistischen Verbrechen. Ahrensböök, Glückstadt, Ladelund, Nützen, Schwesing, Wedel – wer weiß schon, dass das nationalsozialistische Regime auch in diesen schleswig-holsteinischen Gemeinden Konzentrationslager einrichten ließ? Wer weiß schon, dass hier tausende Menschen aus halb Europa ihrer Freiheit beraubt, gedemütigt, geschunden und oft ermordet wurden? Diese Stätten haben sich zu gesellschaftlich bedeutsamen außerschulischen Lernorten entwickelt. In Schleswig-Holstein hat sich eine facettenreiche Landschaft kleiner Gedenkstätten und Erinnerungsorte gebildet, zu denen dieser Wegweiser -herausgegeben von der [Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten](#)- einen Überblick gibt. Er enthält ausführliche Beschreibungen der Gedenkstätten und Erinnerungsorte mit Bildungsangeboten sowie Kurzporträts zahlreicher weiterer Orte. Die Publikation kann über die Geschäftsstelle der Bürgerstiftung gegen eine Schutzgebühr von 5 EUR bezogen werden. Sie ist auch in den einzelnen Gedenkstätten, beim Landesbeauftragten für politische Bildung sowie in diversen Museen und Tourist-Informationen erhältlich. Die Online-Fassung des Wegweisers kann [hier](#) heruntergeladen werden.

SPD-Bildungspolitik in Bund und Ländern

Konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Bund-Länder-Zusammenarbeit

Zur Debatte um einen neuen Aufbruch zur Bildungszusammenarbeit von Bund und Ländern bringen der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat, und Ernst Dieter Rossmann, Bundestagsabgeordneter aus Elmshorn und Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Bildung, Wissenschaft und Technikfolgen-Abschätzung, den folgenden Beitrag zur Einschätzung und sechs konkrete Vorschläge ein:

Den Mund nicht nur spitzen, sondern jetzt auch pfeifen: Die Ankündigung von Bundesbildungsministerin Anja Karliczek für einen neuen gemeinsamen Aufbruch in der Bildungspolitik von Bund und Ländern kann nur begrüßt werden. Aber das Muster

ist nur leider schon allzu sehr bekannt. So wie früher der CDU-Fraktionsvorsitzende Kauder oder die CDU-Bildungsministerin Wanka jetzt also der CDU-Fraktionsvorsitzende Brinkhaus und die CDU-Ministerin Karliczek: Gegen Ende einer Legislaturperiode fordern die CDU-Spitzen, was sie hinterher dann auf die lange Bank schieben oder was dann gar aus der CDU/CSU heraus hintertrieben wird. Trotzdem: Ein weiterer Versuch ist besser als gar nichts. Für einen neuen Kurs von Weitsicht und Kooperation sollte es nie zu spät sein.

Was die Fehler waren

Mit der Grundgesetzänderung vor über 15 Jahren und der Einführung des Kooperationsverbotes in der Förderung von Schulen durch den Bund ist leider eine falsche Richtung eingeschlagen worden. Dieser schwere Fehler konnte in den letzten 15 Jahren mit immer neuen schiebchenweisen Grundgesetzänderungen nur mühsam wieder korrigiert werden. CDU und CSU haben dabei vor allen Dingen mit hinhaltendem Widerstand auf der Bremse gestanden. Die jahrelange Hängepartie um die Bundesmittel für die Digitalisierung an den Schulen in der Verantwortung von Bildungsministerin Wanka und Finanzminister Schäuble fällt uns jetzt auf die Füße und hat wertvolle Zeit gekostet. Auch die Art, wie wichtige Kräfte in der CDU und CSU, unterstützt von einem grünen Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg, die im Koalitionsvertrag beschlossene Einrichtung eines Nationalen Bildungsrates gezielt hintertrieben haben, hat noch einmal gezeigt: Extreme Bildungsföderalisten bei CDU und CSU und B 90/ Die Grünen wollen noch immer nicht verstehen, dass gute Bildung und Wissenschaft in Deutschland nur gemeinsam von allen staatlichen Ebenen voran gebracht werden können. Oder die Bildungs- und Wissenschaftsrepublik Deutschland insgesamt wird scheitern.

Was gemeinsam bewirkt worden ist

Umso erfreulicher ist, dass es mit Beharrlichkeit gelungen ist, für die Länder und Kommunen wichtige Grundlagen für bessere Bildung und Wissenschaft in Deutschland gemeinsam zu legen. Auch auf Bundesebene konnten hierfür wichtige Fortschritte erzielt werden. Mit der unbefristeten Mitfinanzierung der Hochschulen, mit den gemeinsamen Programmen für exzellente Hochschulen, die gute Lehre an den Hochschulen und die Lehrerbildung, mit milliardenschweren Zuschüssen des Bundes für die Investitionen in die kommunale Bildungsinfrastrukturen in finanzschwachen Kommunen, den Beginn des Aufbaus von Ganztagschulen und die digitale Ertüchtigung der Schulen durch Investitionen in Infrastruktur, Endgeräte für Schüler und Lehrkräfte und Kostenzuschüsse für das Administratoren-Personal. Das sind viele Maßnahmen im Großen, die ohne die Zusammenarbeit der drei politischen Ebenen Bund, Länder und Kommunen nicht zustande gekommen wäre. Und auch im Kleinen stellt sich der Bund seiner Verantwortung für die Bildung in Kindertagesstätten und in Schulen. So ist das Bundesbildungsministerium jetzt beispielhaft in die institutionelle Förderung für das „Haus der kleinen Forscher“

eingetreten. Damit wird deutlich: Die Bildungs Kooperation wirkt, wenn alle staatlichen Ebenen zusammen nach vorne gehen. So wie es in den letzten zehn Jahren auch bei der Finanzierung von Bildung in Deutschland geschehen ist. Die aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes für die letzten zehn Jahre weisen aus: Die Kommunen haben ihre Bildungsausgaben um 58 Prozent gesteigert, die Länder um gut 48 Prozent und der Bund um nicht ganz 35 Prozent, Zuständigkeit hin oder her.

Was jetzt erwartet wird

Bundesministerin Anja Karliczek will jetzt mehr Einfluss des Bundes in der Bildungspolitik. Als Zielmarke nennt sie eine Neuregelung der Zusammenarbeit für das Jahr 2024, wenn der jetzige milliardenschwere Digitalpakt des Bundes und der Länder zeitlich ausläuft.

Was wir vorschlagen

Als Bildungspolitiker von Land und Bund schlagen wir für den Beginn dieser notwendigen Diskussion, Klärung und auch konkreten Aktion sechs Punkte vor:

1) Erfolgreiche Kooperationen fortsetzen

Bund und Länder und Kommunen setzen ihre erfolgreiche Zusammenarbeit bei der Bewältigung der Corona-Krise im Bildungsbereich fort. Mit gemeinsamen Programmen für die weitere digitale Ertüchtigung der Schulen, der Hochschulen, der Absicherung der beruflichen Bildung und der Weiterbildung. Das schafft Übung im Zusammenwirken und stärkt das Vertrauen in die Zusammenarbeit. Der Ausbau von Ganztagschulen überall in Deutschland wird z.B. mit sich bringen, dass multiprofessionelle Teams an den Schulen arbeiten, Unterricht anders getaktet wird und Gebäude und Gelände anders aussehen müssen als bisher. Wer den ganzen Tag in der Schule verbringt, will sich nicht nur in einem Klassenraum aufhalten in dem 25 Stühle auf eine - nunmehr oder zukünftig - digitale Tafel ausgerichtet sind. Moderne Ganztagschule mit Qualität ist ein entscheidendes Zukunftsprojekt, das nur gemeinsam von Bund, Ländern und Kommunen erfolgreich bewältigt werden kann.

2) Gegen die Bildungsverarmung gemeinsam aktiv werden

Die Bildungslücken bei Kindern und Jugendlichen durch die vollkommene oder teilweise Schließung von Schulen und die begrenzte Teilnahmemöglichkeiten am Homeschooling werden in einem gemeinsamen Sofortprogramm angegangen. Mit Förderangeboten nach dem Bildungs- und Teilhaberecht für die Kinder und Jugendlichen in Bedarfsgemeinschaften, mit Verfügungsfonds für Schulen in besonderen sozialen Lagen und mit offenen Ferienprogrammen zum Aufholen von Ausfallzeiten an den Schulen. Die gezielte Bekämpfung von Bildungsarmut von Kindern muss auch unabhängig von Corona eine Kernaufgabe der Bildungspolitik werden. Bund und Länder schaffen hierfür im engen Zusammenwirken mit den

Kommunen eine gemeinsame Finanzierung. Der Königsteiner Schlüssel muss hierfür durch eine aufgabengerechte Verteilung der Mittel abgelöst werden.

3) Eine Bund-Länder-Kommunen-Kommission bei der KMK

Bei der Kultusministerkonferenz wird eine gemeinsame Kommission mit Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen eingerichtet, die Empfehlungen für Zukunftsaufgaben im Bildungswesen erarbeitet, an denen sich Bund, Länder und Kommunen dann für die weitere Zusammenarbeit orientieren können. Damit kann im engen Austausch mit der „Ständigen wissenschaftlichen Kommission“, die aktuell bei der KMK berufen wird, eine wissenschaftlich wie politisch fundierte gesamtstaatliche Bildungsstrategie entwickelt werden.

4) Gemeinsame Bildungsprogramme für Integration, Inklusion und gleiche Bildungschancen

Für Integration, Inklusion und die Entkopplung von Bildungserfolg und sozialer Herkunft sind zügig gemeinsame Zukunftsprogramme von Bund, Ländern und Kommunen zu entwickeln, die sich an den jetzigen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten entsprechend der Förderung von Schulen in besonderen sozialen Lagen bzw. dem Hochbegabten- Programm orientieren, um die Bildungs-Innovation in Deutschland zu befördern. In Deutschland ist die Umsetzung der UN – Charta zur Teilhabe von Menschen mit Behinderung auch für den Bildungsbereich umzusetzen. Bund, Länder und Kommunen stehen hier gemeinsam in der Pflicht.

5) Das Grundgesetz ändern für mehr Möglichkeiten

Es müssen mehr Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Förderung von Bildung geschaffen werden, von der schulischen Bildung bis zur Weiterbildung. Hierzu ist der Artikel 91 b des Grundgesetzes möglichst schnell so zu ändern, dass wieder Bund-Länder-Programme in allen Bereichen des Bildungswesens zulässig sind.

6) Grundsätzliche Evaluation der Instrumente der Bund-Länder-Zusammenarbeit
Bund und Länder evaluieren den jetzigen Gesamtzustand ihrer inhaltlichen, finanziellen und organisatorischen Kooperation mit Hinblick auf die Entwicklung und Finanzierung von Infrastruktur und Betrieb von Bildung und Wissenschaft in Deutschland. Diese Evaluation hat möglichst zügig zu erfolgen, damit die Ergebnisse zu Beginn der nächsten Legislaturperiode vorliegen und dann eine umfassende Reform der Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen für mehr Chancengleichheit und Bildungsqualität, für mehr Innovation in das Bildungssystem und mehr Gleichwertigkeit in allen Teilen des Landes erreicht werden kann.

Dieser Text ist auch bei „[Friedrichs Bildungsblog](#)“ der FES erschienen.

Kirkel 2020

*Zum 30. Mal traf sich die „Kirkel-Runde“. Bildungspolitische Sprecher*innen aller SPD-Landtagsfraktionen, Bildungspolitiker der Bundestagsfraktion und unsere Bildungsminister*innen nebst Mitarbeiter*innen. Gestartet im saarländischen Kirkel, findet die Runde seit Jahren in Berlin statt. Und im Dezember 2020 erstmals digital. Das Ergebnis war folgende Erklärung:*

Digitale und ganztägige Schulbildung vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels

Im Zuge der Diskussion wurde neben Ansätzen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels durch die Umsetzung des Anerkennungsgesetzes sowie Vergütung des Praxissemesters von Lehramtsstudierenden der Schwerpunkt klar auf den Bereich der Digitalisierung gelegt. Hierbei sind insbesondere folgende Zielsetzungen deutlich hervorgetreten: Die SPD sollte sich, trotz der damit verbundenen hohen Kosten, dafür einsetzen, die Lehr- und Lernmittelfreiheit auf den Bereich der digitalen Medien auszuweiten. Es bedarf einer Evaluation der Programmstruktur, wobei der Datenschutz sorgsam mit dem Bedarf an funktionierenden Softwarelösungen abgewogen werden muss.

Deutschlandweit muss es klare Zielsetzungen hinsichtlich der Kompetenzvermittlung im Bereich der digitalen Bildung geben. Damit diese in der Praxis umgesetzt werden können, bedarf es einer gut durchdachten und aufeinander abgestimmten Weiterentwicklung der Lehreraus-, -weiter- und -fortbildung. Ebenso sollten bundeseinheitliche Rahmensetzungen zum IT-Support entwickelt werden. Sowohl zu inhaltlichen als auch monetären Fragen der Digitalisierung in der Bildung sollte die Ständige wissenschaftliche Kommission der Kultusministerkonferenz unter Einbeziehung des Bundes um Empfehlungen gebeten werden.

Zudem ist und bleibt für die SPD neben der Digitalisierung der Schulen der Ausbau qualitativ hochwertiger Ganztagschulen das zentrale Anliegen. Denn die Bekämpfung von Bildungsarmut und die Stärkung von Chancengleichheit ist das bildungspolitische Leitbild der SPD in der Bildungspolitik. Hierbei gilt es die Möglichkeiten des kooperativen Bildungsföderalismus (Art. 104c GG) offensiv zu nutzen und die Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen zu stärken.

Weiterentwicklung der Ausbildungsfinanzierung in der schulischen und hochschulischen Ausbildung

Wir wollen eine Ausbildungsgarantie, dass jede und jeder nach der Schule eine Ausbildung machen kann. Das heißt wir wollen, dass es ein öffentliches Ausbildungsplatzangebot gibt, wenn es nicht genügend Ausbildungsplätze in bestimmten Regionen gibt. Diese sollte eine Vergütung erzielen. Das betrifft auch die schulischen Ausbildungen. Wir wollen eine Gleichbehandlung zwischen der betrieblichen und schulischen Ausbildung herbeiführen. Dafür braucht es eine

bundesgesetzliche Regelung und die Abschaffung des Schulgeldes. Den Weg der Gebührenfreiheit in der beruflichen Aufstiegsfortbildung setzen wir fort. Wir wollen darüber hinaus durch einen Qualitätsschub die berufliche Ausbildung fit für die Zukunft machen. Die berufliche Bildung verdient beste Bedingungen. Dafür setzen wir uns für die Berufsschulen mit einer Ausstattungsoffensive und für die verstärkte Gewinnung und Qualifizierung der Lehrkräfte ein.

Mit der Zusage eines Studien- oder Ausbildungsplatzes muss auch die Möglichkeit einer angemessenen Unterkunft verbunden sein. Das BAföG wollen wir einfacher und verständlicher gestalten mit einem vereinfachten Verfahren bei den Einkommensnachweisen. Perspektivisch wollen wir den Vollzuschuss sowie eine Förderung für Teilzeitstudierende. Unser Modell eines neuen BAföG schließt eine regelmäßige Anpassung des BAföG unter Berücksichtigung der Höhe des Semesterbeitrages und der realen Wohnkosten mit ein sowie auch ggf. ein Starterpaket für Studierende aus ALGII-Familien. Unser Konzept des modernisierten BAföG setzt auf die Kindergrundsicherung auf, welche als erster Sockel bereits die Grundlage einer Finanzierung für ab 18-jährige bildet.

Zukunft des Wissenschaftssystems und des Innovationsstandorts Deutschland

Den Wissenschaftspolitikerinnen und Wissenschaftspolitikern der SPD ist es wichtig, dass Hochschulen und Wissenschaft allen Menschen offenstehen und alle ihren individuellen Bildungsweg einschlagen können. Dazu gehört, dass die Durchlässigkeit im Bildungssystem weiter gestärkt wird und Freiräume geschaffen werden, die individuelle Bildungs- und Weiterbildungschancen ermöglichen. Bildungsübergänge müssen flexibel gestaltet und Angebote der hochschulischen Weiterbildung sowie von Teilzeit-, dualen und berufsbegleitenden Studiengängen weiter ausgebaut werden. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung, für die die SPD einsteht und die es weiter zu verbessern gilt. Wir wollen, dass bereits junge Menschen mit Wissenschaft in Berührung kommen und damit die Chance erhalten, sich für Wissenschaft zu begeistern und sich entlang ihrer Fähigkeiten entwickeln zu können – unabhängig ihrer Herkunft und ihres Elternhauses. Daher sollte Wissenschaft aktiv auf Menschen zugehen und Räume schaffen, in denen eine frühe Begegnung und Förderung möglich wird. Dazu gehören Modelle des Talent Scouting wie auch Kooperationen von Hochschulen mit Schulen, bspw. in Lehr-Lern-Laboren sowie gezielte praktische Angebote für Auszubildende und Schülerinnen und Schüler – insbesondere unter Einbeziehung von außerschulischen Lernorten. Auch Studierende sollen frühzeitig in Forschungsthemen eingebunden werden, etwa durch Formate wie forschendes Lernen.

Einen wichtigen Beitrag zu offenen Hochschulen leisten die Studierendenwerke. Diese erleben derzeit durch die Corona-Pandemie massive Herausforderungen bei der Unterstützung von Studierenden. Zudem wird die Pandemie dazu führen, dass sich das Leben am Campus langfristig verändert und einige Bereiche wie Mensen und Versorgungsangebote in anderem Maße bzw. veränderten Formen benötigt werden.

Wir wollen Studierendenwerke mit einem Hochschulsozialpakt langfristig stärken und dabei unterstützen, sich an ihren Zukunftsaufgaben zu orientieren und dafür gut aufzustellen. Wir wollen Strukturen schaffen, in denen Wissenschaftler*innen optimale Bedingungen finden. Dabei wollen wir den gesamten Lebensalltag von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in den Blick nehmen. Das bedeutet, dass wir gute Arbeitsbedingungen und verlässliche Karrierewege weiter stärken wollen, um während und auch nach der Qualifizierungsphase die Planbarkeit von Karrierewegen zu verbessern und Wissenschaftler*innen mehr Planungssicherheit geben zu können. Wir wollen zudem den Anteil von Frauen in der Wissenschaft weiter erhöhen und 100 Prozent Finanzierung von Promotionsstellen in der Forschungsförderung der GWK und des Bundes.

Wichtiges Zukunftsthema der Hochschulen ist die Digitalisierung, die wir aktiv gestalten wollen. Die digitalen Semester, die aufgrund der Corona-Pandemie in 2020 nötig waren, haben gezeigt, dass digitale Lern- und Lehrangebote flächendeckend schnell zur Verfügung stehen konnten, es fehlt jedoch an einem langfristigen Gesamtkonzept. Daher fordern wir ein Bund-Länder-Programm für die Digitalisierung der Lehre an Hochschulen, das die digitale Ausstattung der Hochschulen genauso umfasst wie die Entwicklung neuer Konzepte der digitalen Lehre, die digitale Qualifizierung der Lehrenden und die Hochschuldidaktik. Zudem muss mit Blick auf das Thema der Infrastruktur und der Verarbeitung von Big Data das Thema Cybersicherheit für Hochschulen und Forschungseinrichtungen stärker in den Blick genommen werden.

Uns ist wichtig, dass Wissenschaft nicht nur in den Metropolen stattfindet. Wir brauchen ein breites Angebot an Hochschulen und Forschungsstandorten in allen Regionen des Landes. So können wir sicherstellen, dass die Menschen wohnortnah ein Studienangebot oder ein Angebot der hochschulischen Weiterbildung erhalten und erreichen damit auch breite Zielgruppen. Hochschulen und Forschungseinrichtungen bringen Arbeitsplätze und tragen dazu bei, dem Fachkräftebedarf in allen Regionen zu begegnen. Und nicht zuletzt bringen Hochschulen auch Innovationen in Unternehmen der Region, sorgen für den Transfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft und gewährleisten somit die Teilhabe an der Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Deshalb wollen wir auch eine neue Forschungsförderung für kleine und mittlere Hochschulen auflegen.

Wir wollen die Förderung von Forschungsexzellenz weiterentwickeln. Die Exzellenzstrategie von Bund und Ländern sorgt dafür, dass die deutsche Forschungslandschaft international sichtbar und wettbewerbsfähig ist. Zukünftig muss es darum gehen, Exzellenz auch in der Breite zu fördern und exzellente und leistungsstarke Bereiche gezielt und dauerhaft zu fördern. Daher fordern wir, dass die Exzellenzinitiative weiterentwickelt wird und sich Exzellenzcluster nicht auf wenige Wissenschaftszentren beschränken. Wir wollen den Beitrag der Wissenschaft für die Lösung der großen Herausforderungen unserer Zeit verbessern. Deswegen fordern wir die Auflage eines neuen Transferfonds mit vier Kernpunkten: Gründung einer

Deutschen Transfergemeinschaft, Förderlinie KMU, steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung bei gekoppelter Produktion an einem Standort stärker fördern und einen kommunalen Innovationsfonds für die öffentliche Daseinsvorsorge.

ERFREULICHER REKORD: KAUM NOCH SITZENBLEIBER IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, drehten im Schuljahr 2019/20 ca. 143.000 Schüler*innen bundesweit eine meist unfreiwillige Ehrenrunde, davon 60 % Jungen. Im Schnitt wiederholten in Deutschland 2,3 % der SuS ein Jahr. In Bayern (Sortiermeister aller Klassen) waren es volle 3,8 %, in Berlin nur 1,1 %. Hamburg und Schleswig-Holstein teilten sich den vorletzten Platz mit 1,3%. Der Trend ist insgesamt rückläufig. Der pädagogische Sinn des Wiederholens eines ganzen Jahres wird zum Glück immer mehr in Frage gestellt.

Quelle:

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/02/PD21_N009_211.html;jsessionid=4F8978F3BC2A5576AE51A0B83C5431FD.internet712

HISTORISCHE ENTRÜMPELUNG ANGESAGT

Der scheidende Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderungen, Dr. Ulrich Hase, hat am 18. Januar erfreulich deutlich Partei für Bürger*innen in Büdelsdorf ergriffen, die die dortige Gustav-Frenssen-Straße umbenennen wollen. „Frenssen hat sich nach unstrittigen Forschungsergebnissen in seinen Schriften für die Vernichtung ‚unwerten Lebens‘ eingesetzt und damit den geistigen Boden für die Ermordung unschuldiger Menschen in der NS-Diktatur bereitet.“

Tobias von Pein unterstützte Hase und die Zivilgesellschaft vor Ort: „Es geht nicht um Bilderstürmerei. Es bleibt natürlich Aufgabe der Literaturgeschichte, sich mit dem Werk dieses auflagenstarken Autors kritisch auseinanderzusetzen.“

Aber Frenssens nachhaltiges Engagement für den Nationalsozialismus, sein Antisemitismus und sein Eintreten für die sogenannte Euthanasie – also den Massenmord an Menschen mit Behinderungen – verbieten öffentliche Ehrungen. Und wenn Straßen nach jemandem benannt werden, bedeutet das eine positive Würdigung seines Lebenswerks.

Dessen ist Gustav Frenssen nicht wert. Es sollte deshalb keine Gemeinde mehr geben, in denen ein Straßename an ihn erinnert.“

zu Frenssen s. https://de.wikipedia.org/wiki/Gustav_Frenssen
[Pressemitteilung](#) des Landesbeauftragten Dr. Hase

UNSERE NEUESTEN LANDTAGSREDEN UND PRESSEMITTEILUNGEN:

Schule

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 13.01.2021
Königinnen machen keine Fehler?! – Vive la République!
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-13-16-49-23-6a69/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 14.01.2021
Das Bildungsministerium müsste Zoom freigeben
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-14-16-48-36-48c5/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 18.01.2021
Die Videokonferenzen sind der Schwachpunkt
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-18-14-35-46-307c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Kai Vogel vom 19.01.2021
Wieviel Porzellan will die Bildungsministerin noch zerschlagen?
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-19-10-55-29-7dd5/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat und Ernst Dieter Rossmann vom 22.01.2021
Konkrete Vorschläge für eine Verbesserung der Bund-Länder-Zusammenarbeit
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-22-15-22-19-2dfa/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Martin Habersaat vom 27.01.2021
Versagen der Bildungsministerin: Schul-Chaos darf nicht mehr so weiter gehen
<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-27-13-57-25-7405/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Pressemitteilung von Martin Habersaat vom 29.01.2021

Versetzungsgefährdet!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-29-13-30-02-338e/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Hochschule

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 28.01.2021

Corona zeigt die Probleme bei der Digitalisierung wie unterm Brennglas

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-28-11-44-13-4b18/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Landtagsrede von Prof. Dr. Heiner Dunckel vom 28.01.2021

Hochschulen und Studierenden bestmöglich durch die Krise helfen

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-28-17-02-42-6299/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

Rechtsextremismus

Pressemitteilung von Tobias von Pein vom 19.01.2021

Ehre, wem Ehre gebührt – Frenssen gebührt sie nicht!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2021-01-19-16-03-01-140c/?group=spd&tVon=&tBis=¶mSeite=50>

IMPRESSUM

Dieser Newsletter wird in unregelmäßigen Abständen vom Arbeitskreis Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kultur, Rechtsextremismus und religiöse Angelegenheiten der SPD-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag herausgegeben.

Verantwortlich: Dr. Michael Schmidt-Neke, SPD-Landtagsfraktion, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel.
Email: m.schmidt-neke(at)spd.ltsh.de